

12.09.2011

Bruchköbel Schlusslicht im Kreis Stadt versinkt in Schulden, Kommunalaufsicht schreitet ein

Bruchköbel.- Mit der Genehmigung des Haushalts der Stadt für das Jahr 2011 wird klar, dass Bruchköbel den finanziellen Bogen mit unverantwortlichen Ausgabensteigerungen bei den laufenden Verwaltungskosten in den letzten drei Jahren überspannt hat. Es sei, so der Fraktionsvorsitzende des Bruchköbeler BürgerBundes (BBB), Alexander Rabold, ein Schlag ins Gesicht von Bürgermeister, Erstem Stadtrat und der sie tragenden CDU und Grüne, wenn die Kommunalaufsicht jetzt folgendes schriftlich feststellt: „Keine Kommune, die meiner Finanzaufsicht untersteht, hat in 2011 einen höheren Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis in der Haushaltssatzung zu verzeichnen.“ Weiter merkt die Kommunalaufsicht schonungslos an: „Eine nachhaltige und erfolgreiche Haushaltskonsolidierung der Stadt Bruchköbel ist für mich nicht zu erkennen.“ Außerdem weist die Kommunalaufsicht darauf hin, dass sich Bruchköbel mit einer faktischen jährlichen Neuverschuldung von 10 Millionen Euro in einer Verschuldungsspirale befinde. Die Ausgaben für Personal, Verkehrsanlagen, sowie Öffentlichen Personennahverkehr seien immer weiter angestiegen. Im Detail nennt die Kommunalaufsicht Ausgabensteigerungen für Finanzberater, Steuerberater, Sachverständige und Rechtsanwälte. Die Kostensteigerungen in diesem Bereich habe der BBB, so Alexander Rabold, wiederholt kritisiert. Wenn zusätzliches Personal eingestellt wurde, sei es unverständlich, wenn gleichzeitig immer mehr Berater von außen teuer bezahlt werden. Die Kritik des BBB sei von Bürgermeister Maibach und Erstem Stadtrat Ringel immer wieder bagatellisiert oder ganz zurückgewiesen worden. Maibach habe sogar wiederholt direkt nach seinem Amtsantritt 2008 öffentlich gesagt, beim Personal bestehe „Nachholbedarf“. Wo also vorher gespart und Personal abgebaut wurde, erfolgte mit Maibach die Umkehr und es wurde munter Personal eingestellt. Die Kommunalaufsicht sei nun eingeschritten und habe angeordnet: „Die Stellenbewirtschaftung der Stadt Bruchköbel ist so zu führen, dass die Personalkosten nachhaltig begrenzt werden. Bis auf weiteres ist vor einer Stellenbesetzung eine Frist von mindestens 12 Monaten einzuhalten. Auf die Schaffung neuer Stellen ist grundsätzlich zu verzichten.“ Nun könnten sich die Verantwortlichen nicht länger verstecken. Der für die Finanzen zuständige Bürgermeister habe in den letzten drei Jahren immer wieder erklärt, alle Leistungen gehörten auf den Prüfstand. Geschehen sei aber nichts. Haushaltskonsolidierung und sparsame Verwaltungsführung hätten nur virtuell in der Wahlpropaganda von CDU und Bürgermeister stattgefunden. Der Weg in die Pleite sei nun so gut wie vorprogrammiert. So könne keine Stadt und natürlich auch kein Handwerksbetrieb geführt werden. Wenn die Kommunalaufsicht jetzt darauf hinweise, dass allein im Bereich der Kindertagesstätten Personal- und Sachkostensteigerungen um 1,3 Millionen Euro erfolgt seien, wird jetzt verständlich, warum der BBB Klarheit in der Frage der Personalkosten haben wollte. Das sei vor der Kommunalwahl arrogant und selbstherrlich verhindert worden. Der vom BBB verlangte Akteneinsichtsausschuss sei mit ohne irgendwelche Ermittlungen aufgelöst worden. Den harten Finanzzahlen, so Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold, könne man auf Dauer aber nicht entkommen. Jetzt schlage für Maibach und schwarz-grün die Stunde der Wahrheit. CDU/Grüne und ihr Bürgermeister und Erster Stadtrat müssten jetzt, da sie nahezu alle Vorschläge anderer Gruppierungen im Stadtparlament abgelehnt hätten, die alleinige Verantwortung für das Finanzchaos übernehmen. Der Dilettantismus in der städtischen

Finanzpolitik dauere aber fort, wenn der Bürgermeister nun wie schon im Vorjahr die Haushaltseinbringung für 2012 um drei Monate verschieben wolle, obwohl die strukturellen Probleme seit drei Jahren vom BBB benannt und daher bekannt seien. Maibach sei entgegen seinen Selbstanpreisungen als „Mann aus der Wirtschaft“ in seiner Aufgabe als Finanzdezernent der Stadt ein politischer Totalausfall, der drohe, Bruchköbel irreparabel gegen die Wand zu fahren. Die BBB-Fraktion fordere ihn daher auf, den Haushaltsentwurf für 2012 bis spätestens Oktober vorzulegen, dabei die strukturellen Probleme zu lösen und einen Ausgleich zu erreichen – oder aber seinen Stuhl zu räumen, damit die Bürger Bruchköbels einen geeigneten Nachfolger wählen könnten, bevor es für die Stadt zu spät sei.